

## **Protestresolution der 10. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der Linkspartei.PDS gegen das Einreiseverbot von Boshrah A. Abbood und Taha A. Ibraheem Breshdi**

Der Initiativkreis "Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen", unterstützt von über 100 gewerkschaftlichen, friedenspolitischen und globalisierungskritischen Gruppen, hat zwei irakische GewerkschafterInnen Kollegin Boshrah A. Abbood und Kollegen Taha A. Ibraheem Breshdi zu einer dreiwöchigen Informationsreise durch die BRD vom 21.10. bis zum 15.11.2005 eingeladen.

Die beiden GewerkschafterInnen sind RepräsentantInnen der irakischen *Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE*, welche mehr als 23 000 Mitglieder zählt. Diese Gewerkschaft ist eine der wenigen parteiunabhängigen und weltanschaulich neutralen Gewerkschaften im Irak. Sie kämpfte bisher erfolgreich gegen die Privatisierung der Ölwirtschaft im Südirak und organisierte im Mai diesen Jahres zum Beispiel unter den bekanntermaßen schwierigen Bedingungen eine vielbeachtete Konferenz gegen Privatisierung. Eine weitere Konferenz soll im Januar folgen. Unter Saddam Hussein galt ein gesetzliches Verbot unabhängiger Gewerkschaften im Irak. Dies ist eines der wenigen Gesetze, das auch unter der Besatzung der USA weiter unverändert gilt.

Für die Informationstour der beiden Kollegen durch die BRD waren Veranstaltungen in 20 Städten und diverse Treffen mit deutschen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und Betriebsräten vorgesehen, um deutsche Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Situation im Irak, der GUOE und des Arbeitskampfes der Beschäftigten im Ölsektor zu informieren. Im Rahmen der Tour waren Kollegin Abbood und Kollege Breshdi auch auf dieser Konferenz eingeladen,

Mit großer Empörung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die deutsche Botschaft im Irak den beiden GewerkschafterInnen die Einreise nach Deutschland ohne jegliche Begründung verweigert, obwohl die Reise langfristig angemeldet war und trotz der Bestätigung, dass alle erforderlichen Unterlagen bei der deutschen Botschaft in Bagdad vorliegen. Trotz des Protestes der Organisatoren und diverser Unterstützer der Tour bei der deutschen Botschaft im Irak, beim Auswärtigen Amt und beim Außenministerium ist bisher keine Klärung der Situation erfolgt.

Wir müssen davon ausgehen, dass ein Dialog von deutschen und irakischen Gewerkschaftern politisch nicht erwünscht ist und durch die Verweigerung der Visa für die irakischen Kollegen unterbunden werden soll.

Die Teilnehmer der 10. Gewerkschaftspolitischen Konferenz fordern das Auswärtige Amt der Bundesrepublik daher auf:

- 1. Den beiden irakischen Kollegen unverzüglich die Einreise in die BRD und damit die Durchführung der geplanten Informationstour zu ermöglichen.**
- 2. Anderenfalls öffentlich zu begründen, warum Kollegin Abbood und Kollegen Breshdi die Einreise in die BRD verweigert wird.**
- 3. Sich international dafür einzusetzen, die Gesetzgebung im Irak dahingehend zu verändern, dass es unabhängigen Gewerkschaften ermöglicht wird, dort ungehindert zu arbeiten.**

Rüsselsheim am 29. Oktober 2005